

Richard Meng

Umbruch ohne Aufbruch?

Zwischenbilanz im Wahljahr 2012

Die Regionalwahlen 2012 verschieben das Parteienspektrum – doch für 2013 fehlt noch das große Aufbruchsthema. Das ist – kurzgefasst – die Lage gut ein Jahr vor der Bundestagswahl.

Im Saarland plus 6 % und doch nur Platz zwei – aber dann ein Sensationsergebnis bei der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt und gute Aussichten nach den Neuwahlen in NRW und Schleswig-Holstein. Alles in allem sind die Perspektiven der SPD nach den Regionalwahlen dieses Jahres positiv. Aber im Parteiensystem ist viel neue Bewegung. Deshalb bleibt völlig unklar, wohin der Trend von 2012 bündnis- und erst recht bundespolitisch mündet. Die Tagesdebatten sind diffus bis kleinkariert. Das große Thema für eine politische Richtungsentscheidung ist noch nicht erkennbar.

Ein gutes Jahr vor der Bundestagswahl 2013 ist so viel klar: Schwarz-Gelb wird im Bund eine Episode bleiben – und in den Flächenländern, in denen Union und FDP noch gemeinsam regieren, steht die Abwahl demnächst an. Denn die FDP marginalisiert und ideologisiert sich. Ihr Nein zu den Schlecker-Bürgschaften war offensive Realitätsverweigerung. Und die inhaltlich so dürftigen, aber lebensgefühligen Piraten kannibalisieren alle anderen Parteien, was speziell in den westdeutschen Stadtmilieus zu gravierenden strategischen Verschiebungen führen kann. Der gerade erst neu erhobene Führungsanspruch der Grünen im linken Spektrum ist schon wieder zertrümmert, die Linkspartei verliert im Westen ihre Rolle als Protestpartei.

All das hat Bedeutung für die Mehrheitsbildung. Schon im Land Berlin war es 2011 ja so gewesen, dass der Parlamentsein-



Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

zug der Piraten die erwartete rot-grüne Parlamentsmehrheit auf ein unkalkulierbares Minimum zusammenschrumpfen ließ, womit sie dann auch tatsächlich realpolitisch nicht mehr umsetzbar war. Große Koalitionen, mit denen namentlich die SPD (siehe jetzt wieder im Saarland) in Wahlkämpfen nie wird punkten können, werden machtpolitisch umso wahrscheinlicher, je zersplitterter die Parlamentszusammensetzung ausfällt. Das ist parteistrategisch die eigentliche Frage für die nächste Zukunft: Schafft Rot-Grün es nach dem schwarz-gelben Zwischenspiel noch einmal, stabile Mehrheiten zu gewinnen – oder ist die Erosion der Bindungskräfte der Parteien auch dazu schon zu weit fortgeschritten?

Mehrheiten gegen alles

Die bisherigen Wahlergebnisse von 2012 zeigen: Der Abstand der SPD zu ihren Konkurrenten im Mitte-Links-Spektrum wächst wieder an. Weder die Grünen in den städtischen Milieus noch die Linkspartei im Os-

ten schaffen es derzeit – von Ausnahmen abgesehen –, an der SPD vorbei zu ziehen. Baden-Württemberg 2011 war denn doch eine Sondersituation und kein Fanal für die Zukunft. Das verbessert die Wahrnehmung der Sozialdemokratie insgesamt, denn selbst hartgesottene SPD-Verächter läuten derzeit mal nicht die Totenglocklein für die Rolle als Volkspartei.

Aber in der Summe drohen Grüne, Linke und Piraten der SPD doch in aller Regel die Führungsrolle gegenüber der Union zu kosten. Und damit zeichnet sich jetzt schon das Dilemma der nächsten Kanzlerkandidatenkür ab: Glaubhafter Führungsanspruch muss programmatisch eindeutig und zugleich bündnispolitisch plausibel sein. Nicht immer ist das strategisch so einfach wie im OB-Wahlkampf von Frankfurt, wo am Ende eine linke Regenbogenkoalition erfolgreich gegen den CDU-Favoriten zusammen fand. Aber immerhin zeigt dieses Beispiel, wie es funktionieren kann: mit Gemeinsamkeiten entlang der aktuellen Themen.

Das alles sind Prozesse, die sich Schritt für Schritt vollziehen. Die Tektonik im Parteiensystem verschiebt sich wieder einmal fast lautlos, ohne dass es zur ganz großen Erschütterung kommt. Und bei aller strategischen Unklarheit angesichts der Zersplitterung mitte-links gilt innerhalb des bundespolitischen Machtgefüges schon jetzt: Im Bundesrat ist der Zwang zur schwarz-roten Kompromisslinie für die überschaubare Zukunft festgeschrieben, unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl. Es gibt damit Mehrheiten *gegen* fast alles – wenn auch kaum Mehrheiten *für* etwas, jenseits großkoalitionärer Absprachen.

Kulissenschieberei

Das bedeutet: Die schwarz-gelbe Bundesregierung, die seit Jahren sowieso kein großes innenpolitisches Projekt mehr hat, braucht auch keines mehr zu entwickeln. Wenn sie eines hätte, wäre es chancenlos. Das wird

die inhaltlichen Ambitionen im Hause Merkel nicht gerade anfachen. Schwarz-Gelb schiebt nur noch Kulissen fürs politische Schaufenster. Nennenswerte Reformen werden nicht mehr angepackt werden, es sei denn zum Zwecke der Wahlkampf-Show.

Also wird regierungsseitig die Anspruchsarmut noch weiter zunehmen. Doch sonderlich problematisiert wird das im Land bisher nicht. Die Medien stürzen sich wie schon nach der Berlin-Wahl – ohne sie wirklich zu verstehen – auf die modischen Piraten und verstärken damit zunächst mal deren Zauber. Ihr Mantra lautet Transparenz, was Medienleuten immer gut gefällt. Über Transparenz und Stilfragen hinaus aber fehlt die inhaltliche Programmbasis. Die Piraten wollen und brauchen sie auch nicht, sie werden auch nicht wegen Programmatik gewählt. Und dies wiederum ist ein Warnsignal ganz eigener Art.

Eines frei nach dem Prinzip: Wenn in der Politik schon alles Mist ist, dann bitte unverbraucher Mist. Hauptsache Unruhe. Aber dahinter steht tatsächlich eine ernste Botschaft an die Politik, denn hier handelt es sich erstmals um eine Art postinstitutionelle politische Kraft. Eine Ansammlung von Individuen, die mehr zunächst nicht sein will – und gerade darin sogar bis ins FDP-Milieu hinein Freiheitsgefühle ausdrückt.

Die Piratenpartei ist wählbar für Leute, die Wahlen für sich persönlich als Einzelereignisse sehen und – als eher politikferne, meist junge und überwiegend männliche Wähler – sich am liebsten nur mit ihregleichen identifizieren. Das ist dann mehr spielerisch als strategisch gemeint, aber jedenfalls effektiv. Gerade deshalb, weil die Welt der politischen Profis damit kaum etwas anfangen kann. Was also demokratietheoretisch wie selbstverständlich klingt, nämlich: Vertrauensprojektion entlang von Lebensgefühlen –, erweist sich bei so viel Abstand zwischen sozialer Lebenswelt und realer Institutionenpolitik als einstweilen unverträglicher Dilettantismus. Auffällig

ist auch in diesem Zusammenhang, dass bislang kein großes Thema da ist, von dem zu erwarten wäre, dass es 2013 auch die Bundestagswahl prägen könnte – obwohl die Politik europaweit seit Jahren durch existenzielle Finanzfragen verunsichert ist. Das Thema Euro löst über die südeuropäischen Protestbewegungen gegen Sparpolitik hinaus bislang keinen Einmischreflex aus, auch nicht bei den Newcomern des politischen Betriebes. Da ist eher ratloser Abstand, wenn es um den großen politischen Rahmen geht.

Das Erklären komplexer Sachzusammenhänge ist längst in publizistische Nischen verschoben, wo es dafür noch Publikum gibt. Randthemen bringen Auflage und Quote – und mittlerweile ja auch Wahlerfolg, was durchaus miteinander zu tun hat. Es interessiert eher Kleines, das man kennt, als Großes, das man nicht versteht. Doch genau das müsste sich ändern, wenn eine bräsig gewordene Kanzlerin erschüttert werden sollte. Angela Merkel sucht die

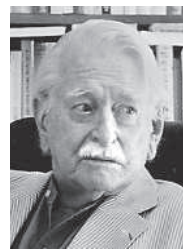
Rolle der präsidentialen Landesmutter. Wer Merkel stellen will, braucht ein Aufbruchsthema. Vielleicht ergibt es sich deutlicher nach der Frankreich-Wahl. Nach dem Achtungserfolg der französischen Populisten wird sich auch der Blick auf das komplizierte Thema Europa verändern. Mehr Gewicht für Wachstumsimpulse und soziale Gerechtigkeit, dann mit mehr Investitionen aber noch mehr Schuldenrisiko? Wie diese Debatte in Deutschland ausgeht, ist alles andere als sicher. Aber vielleicht wird irgendwann ja auch bewusst, dass die eine oder andere Befriedigungsaktion noch lange nicht nachhaltig ist, ob Energiewende oder Schuldenbremse. Das wäre dann der Zeitpunkt, an dem wieder substanzieller über Politik geredet würde.

Gewiss ist nur, dass mit sinkenden Wachstumswahlen und verstärkten Verteilungskonflikten immer auch die Zeiten des bequemen Sowohl-als-auch zu Ende gehen, mit dem die Kanzlerin bislang alle für sie gefährlichen Debatten wegdrücken konnte. ■

Klaus Harpprecht

Die Glosse: »Ich kann und mag nicht fröhlich sein...«

»**W**enn alle schlafen, so muss ich wachen und traurig sein...« Also singt Günter Grass (wenn er denn singt) sein Lied aus *Des Knaben Wunderhorn*. Unser Schmerzensdichter. Schlurfte jemals ein Nobelpreisträger mit solcher Grämlichkeit durch die Welt, die es doch so schlecht nicht mit ihm meint, sonst hätte sie ihm kaum den schönsten Kranz literarischen Lorbeers aufs Haupt gelegt? Der Ruhm ist seitdem nicht völlig verwelkt. Doch wie man ihn kürzlich (aus gebotener Distanz) wartend am Flugplatz sah, überkam den minderen Kollegen ein Anflug von Mitleid: Ja warum, fragte er sich, steht der da, als habe sich alles Elend der Menschheit auf seinen Schultern gesammelt? Wie trostlos sie nach unten



Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

hingen: der Schnauzbart und die Mundwinkel, die Brauen und die Augenlider. Wie der Volksmund heutzutage sagt: Er hing durch. Das war schon so, als es ihm besser ging. Der deutsche Schmerzensmann. Der er doch nicht sein müsste. Obschon ihm das Alter zusetzt, wie so manchem von uns. Ihm womöglich mehr, als üblich ist. Das